

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

60 (12.3.1931)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gelbten Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gegenüber-
setzung und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeter-
zeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei der Abhaltung des
Verkaufes, bei geschäftlicher Betreuung und bei Konten außer Kraft tritt. Erklärungen
und Geschäftsbedingungen in Karlsruhe i. D. o. Schrift der Anzeigen-Redaktion 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wästen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Aufseher / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ober-Jahreszeitung 2,20 Mark o. Durch die Post
2,00 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Ersichtelt Einzel wöchentlich
vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsru-
he i. D., Waldstraße 28 o. Jernstr. 7020 und 7021 o. Postfach 111111, Karlsruhe, Haupt-
straße 4, B.-Höhen, Jagdhausstraße 12, Rahlau, Rahlaustr. 2, Ofenweg, Republikstr. 4

Nummer 60 Karlsruhe, Donnerstag, den 12. März 1931 51. Jahrgang

Französisch-italienischer Flottenpakt veröffentlicht

London, 11. März. Der Text des französisch-italienischen Flottenabkommens wurde heute hier veröffentlicht. Die wichtigsten Parteien lauten: Nach dem Abkommen dürfen Frankreich und Italien in der Zeit bis zum 31. Dezember 1936 je zwei Schlachtschiffe fertigmachen, deren Displacement 23.333 Tonnen nicht überschreiten darf. Ohne einen allgemeinen Revision der im Washingtoner Vertrag für die Flotten Frankreichs und Italiens vorgegebene Tonnagehöchstgrenze für Schlachtschiffe von 175.000 auf 181.000 Tonnen erhöht. Nach dem 31. Dezember 1931 dürfen keinerlei neue Unterseeboote gebaut werden, außer für Feststellung des Bauprogramms von 1930 und zum Ersatz der wegen Ueberalterung ausserdienstgehenden Tonnage. Nach Durchführung des Bauprogramms von 1930 werden sowohl Frankreich wie Italien keine Kreuzer mehr in Dienst stellen, die mit größeren Ralis-
bern als 15,5 Zentimeter besetzt sind.

Belgiens Nationalisten gegen Vandervelde

Stürmische Auseinandersetzung in der belgischen Kammer
Brüssel, 11. März. In der belgischen Kammer kam es heute nachmittags bei der Fortsetzung der Debatte über den Etat des Außenministeriums zu stürmischen Auseinandersetzungen. Der liberale Abg. Devese griff in heftiger Form den Führer der Sozialisten Emile Vandervelde an, der in seiner großen Kammerrede zum Ausbruch des Krieges die Theorie der Weichheit Deutschlands am Ausbruch des Krieges mit Energie zurückgewiesen hatte und ferner für eine allgemeine Abrüstung, bei der Belgien als erstes Beispiel voranzugehen sollte, eingetreten war. Emile Vandervelde unterbrach den Redner durch scharfe Zwischenrufe, mit denen er seine These aufrechterhielt. Als mehrere andere Abgeordnete sich in diese Auseinandersetzung einmischten, wurde der Lärm so stark, daß der Präsident die Sitzung für einige Zeit unterbrechen mußte. (Der Vorfall zeigt, daß sich die Nationalisten in allen Staaten nicht finden und es überall die Sozialisten sind, welche die Idee der internationalen Gerechtigkeit vertreten, wofür sie dann von den Nationalisten ihrer jeweiligen Heimat beschimpft werden. Red.)

Ausfallbürgschaft für Rußlandlieferungen beantragt

Industriellenlegation beim Reichskanzler
Berlin, 11. März. Einige der aus Rußland zurückgekehrten deutschen Industriellen berichteten heute dem Reichskanzler Dr. Brüning über ihre Eindrücke und Verhandlungen in Rußland. Eine Stellungnahme der Reichsregierung ist erst nach Vorlegung und Ueberprüfung des Gesamtmaterials zu erwarten.
Berlin, 12. März. (Sunddienst.) Wie verlautet, ist bereits in den letzten Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und zahlreichen anderen Mitgliedern des Reichskabinetts mit den aus Moskau zurückgekehrten Industriellen eine vorläufige Arbeit darüber geschaffen worden, daß Reich und Länder bereit sind, für die von den deutschen Industriellen in Moskau vereinbarten neuen Lieferungen weitgehende Ausfallbürgschaften zu übernehmen. Dazu meldet die Börsliche Zeitung im einzelnen: Die Bürgschaften für die sich im ganzen auf 300 Millionen besitzenden Rußlandlieferungen sollen vom Reich zu 40 v. H., von den Ländern zu 30 v. H. getragen werden, so daß der Restbetrag von 90 Millionen auf eigenes Risiko der Industrie laufen würde. Allerdings haben sich auch einzelne Städte zur Uebernahme weiterer Ausfallbürgschaften bereit erklärt. Dazu wird festgestellt, daß eine endgültige Entscheidung der Reichsregierung über die Uebernahme der Ausfallbürgschaften bis jetzt noch nicht vorliegt. Das Kabinett wird sich mit der Sache erst am Freitag befassen.

Die bayer. Metallarbeiterausperrung

München, 11. März. (Eig. Draht.) In München beträgt die Zahl der ausgesperrten Metallarbeiter rund 7000, in Augsburg 5600, in Nürnberg, dem Hauptort der bayerischen Metallindustrie sind 24.000 Arbeiter und Arbeiterinnen von der Ausperrung betroffen, in Fürth 2000. Die Nürnberger Spielwarenindustrie hat sich an den Ausperrungsmaßnahmen nicht beteiligt.

Hitler Nazigruppe rebelliert gegen Hitler

Miel, 11. März. (Eig. Meldung.) Hitlers Kommissare, die in Kiel Ordnung schaffen sollten, haben den ganzen Vorstand der dortigen Nazigruppe abgesetzt. Die gestürzten Größen, die sich übrigens weigern, für ihre Finanzabrechnung Rechenschaft abzulegen, beriefen daraufhin eine Mitgliederversammlung ein, die jedoch durch die SA-Kolonnen verhindert wurde. Man ließ einfach keinen Menschen in den Saal. Die Rebellion hat inzwischen auch nach der Schließung der Geschäftsstelle zu Folge gebracht. Innerhalb der Ortsgruppe und des ganzen SA-Kreis Schleswig-Soltau ist jetzt ein erbitterter Kampf, in dem aber Hitler durch seinen Apparat siegreich bleiben dürfte. Die Parteimitglieder lassen alle Mißverständnisse, um die ihnen unangenehm sind, los zu werden.

Panzerkreuzer B im Ausschuß

Entscheidung erst im Plenum

Der politische Hintergrund

Berlin, 11. März. (Eig. Draht.) Der Haushaltsausschuß des Reichstags nahm am Mittwoch den Marineetat an.
Die Baufrage für den Panzerkreuzer B wurde gegen die Stimmen der Kommunisten bei Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Vertreter angenommen.

Abg. Stücklen (Soz.)
wies als Berichterstatter darauf hin, daß die Ausgaben der Reichsmarine insgesamt 191 Millionen Mark betragen. Die Bestände der Beamten, Angestellten und Arbeiter seien auf einen Abbau hin zu prüfen, trotzdem bereits 57 Beamte, 91 Angestellte und 374 Arbeiter abgebaut seien. Bei der Marineleitung sei kein Abbau vorgenommen worden. Aus den Reihen der Mannschaften seien bemerkenswerte Klagen nicht geführt worden. Es scheint, daß eine gewisse Konsolidierung eingetreten sei. Auch die Zahl der Anfälle und Selbstmorde sei gering. Der Andrang zur Reichsmarine sei nach wie vor sehr groß. Im letzten Jahre haben sich 30.800 junge Leute beworben, von denen nur rund 1000 eingestellt werden konnten. Die Mehrheit der Bewerber stammen nicht aus den Segeebieten.

Abg. Hünlich (Soz.)

gibt namens der sozialdemokratischen Mitglieder im Haushaltsausschuß folgende Erklärung ab:
„Es ist Ihnen bekannt, daß die sozialdemokratische Fraktion den bisher angeforderten Raten für den Bau des Panzerkreuzers A ihre Zustimmung erteilt hat, und sachlich liegt für sie keine Veranlassung vor, gegenüber dem Panzerkreuzer B eine andere Stellung einzunehmen. Von allem andern abgesehen, erinner ich Sie aber an die Erklärung, die der Herr Reichswehrminister bei der Beratung des vorjährigen Haushalts seines Ministeriums am 6. Mai 1930 in diesem Ausschuß gegeben hat. Der Herr Reichswehrminister stellte damals fest, daß er auf die Einsetzung einer ersten Rate für das Panzerschiff B in Anbetracht der besonders angelegten Haushaltslage verzichtet habe, nachdem vom Reichskabinett in einer besonderen Entschließung festgestellt worden sei, daß mit dem Etat 1931 ein Schiffbauerschplan, der auch den Ersatz der U-Boote 1931 in sich angebehalte, als die des Jahres 1930, und es wäre also nach Ansicht der sozialdemokratischen Fraktion für die Regierung alle Veranlassung gegeben, auch diesmal auf die Inangriffnahme des Panzerkreuzers B zu verzichten. Wenn nun von Seiten der Regierung und der bürgerlichen Parteien in diesem Zusammenhang auf die innerpolitische Gesamtlage hingewiesen wird, so verzichtet sich auch die sozialdemokratische Fraktion nicht der Erkenntnis, daß alle an der Aufrechterhaltung des demokratischen Regierungssystems und der Abweimung des Faschismus interessierten Parteien aus der gegenwärtigen Situation gewisse politische Schlussfolgerungen zu ziehen haben. Sie hat aber gerade deshalb unter allen Umständen das Recht, zu verlangen, daß, wenn überhaupt der Flottenbau nach den Plänen der Regierung vorgenommen wird, zum mindesten die finanzielle Belastung, die durch das Flottenbauprogramm erwächst, durch eine entsprechende Entlastung der arbeitenden Bevölkerung ausgeglichen wird. Zu diesem Zweck wird die sozialdemokratische Fraktion die Regierung ersuchen, die entsprechenden Entlastungsmaßnahmen für die Forderungen auf sozialpolitischen Gebiet, die seit dem letzten Jahr geltend sind, ferner eine endgültige Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den angeforderten Schiffsbauraten erteilen. Wir werden uns deshalb bei der Abstimmung über die angeforderte erste Rate für den Bau des Panzerkreuzers B der Abstimmung enthalten.“

Abg. Erising (Ztr.) erklärte: So schwierig die Finanzlage des Reiches auch sei, so müsse trotzdem der Bau des zweiten Panzerkreuzers in Angriff genommen werden, weil sonst größere Arbeiterentlastungen bei den Marinebetrieben erfolgen müßten. Es sei wohl richtig, daß die Marine gegen die großen Marinemächte einen Verteidigungskampf nicht führen könne. Dagegen sei es ohne allen Zweifel, daß unsere kleine Marine den Seeweg nach Ostpreußen sichern könne, eine Ansicht, die mit Nachdruck auch vom Reichswehrminister vertreten worden ist.

Reichswehrminister Dr. Groener

wies darauf hin, daß bei der Landesverteidigung Deutschlands die Dniep eine besondere strategische Rolle spiele. Diese strategische Bedeutung der Dniep sei nach dem Weltkrieg durch die unklare Grenzziehung im Osten noch getrieben. Das strategische Kernstück stelle die Verteidigung Ostpreußens dar. Er werde bei seinen pflichtmäßigen Vorbereitungen für die Landesverteidigung alles tun, zu Lande und zu Wasser, um den Schutz Ostpreußens mit den äußersten Mitteln zu gewährleisten. (Lebhafte Beifall.) Nachdem er sich aus militärischen und politischen Gründen heraus zum Wiederaufbau unserer Seestreitkräfte in dem Rahmen, den uns der Versailler Vertrag gelassen hat, entschlossen habe, bitte er mit dieser einmal in Angriff genommenen Flottenaktion, ein Zurück gebe es für ihn nicht.

Abg. Schöpflin (Soz.)

wandte sich in einer grundsätzlichen Erklärung gegen die Vorwürfe der Kommunisten, die Sozialdemokratie habe ihren Standpunkt zur Wehrmacht geändert. Er habe schon 1919 in der Nationalversammlung die Schaffung einer Wehrmacht verlangt. Die Sozialdemokratie habe die Reichswehr stets bejaht und den Wehrstat in allen Jahren bewilligt. Daß sie zu einzelnen Positionen Streichung verlangt habe, andere an dieser Grundeinstellung nicht. Auf Grund ihrer politischen Staatsanschauung habe die Sozialdemokratie die Vaterlandsverteidigung immer bejaht, auch schon in der Kaiserzeit. Er sei nicht nur Sozialdemokrat, sondern auch Deutscher, und wenn ihm vorgeworfen werde, er hätte Befehle vom Reichswehrminister entgegengenommen, so müßte er den Kommunisten antworten, wenn es sich um das deutsche Volk und das deutsche Vaterland handle, dann gehe er lieber mit Herrn Groener, als nur einmal mit Herrn Stöcker. Am Donnerstag folgt die Beratung des Finanzetats und Postetats.

Ernst Erkrankung Hermann Müllers

Berlin, 11. März. (Eig. Draht.) Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hermann Müller-Franken ist vor einigen Tagen wieder an einer schweren Gallenblasenentzündung erkrankt, die seine Ueberführung in eine Klinik notwendig machte. Sein Zustand ist ernst.
Berlin, 12. März. (Sunddienst.) In dem Befinden des früheren Reichskanzlers und sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hermann Müller-Franken ist seit Mittwoch abend eine leichte Besserung zu verzeichnen.

Neue kommunistische Hetzkampagne

Kommunistische Provokateure in sozialdemokratischen Versammlungen - Augen auf!

Aus kommunistischen Kreisen erfährt der SPD:
„Die KPD-Zentrale hat ihren Bezirksleitungen Anweisungen zu einer großen Hetzkampagne gegen die SPD. gegeben. Dieser eingehend ausgearbeitete Plan sieht unter anderem vor, daß alle Veranstaltungen, in denen sozialdemokratische Mitglieder und Wähler erscheinen könnten, so Versammlungen der Gewerkschaften, der Genossenschaften, der Arbeiter-Kultur- und Sportorganisationen unter Trummelform genommen werden sollen. Zu diesem Zweck sind fraktionelle Vorbesprechungen zu beauftragen, in denen die Taktik bestimmte Redner vorzuschicken und für und fertige Protestresolutionen einzureichen, festgelegt sind. Vor allem jedoch wird Wert auf das Einbringen in sozialdemokratische Mitglieds- und Funktionärversammlungen gelegt. Unter Vorweisung dazu besonders präparierter Mitgliedsbücher und Ausweise sollen KPD-Beauftragte in der Masse „sozialdemokratischer Betriebsarbeiter und Erwerbsloser auftreten“, und die bekannte Waise ableiten, jedoch wird eine vorläufige Sprache und die Vermeidung des Schimpfwortes „Sozialisten“ empfohlen. U. a. soll zur besseren Richterkennung derartiger kommunistischer Spitzel in den Bezirken besonders aber in den großen Städten ausgetaucht werden, wo es betriebl. maskierten

Einbrüchlingen gelingen sollte, sich eine günstige Meinung zu verschaffen, wird als theatralischer Endeffekt empfohlen, das wiederholt von den Kommunisten angewandte Verfahren steigen zu lassen, spontane Mitgliedsbücher zu zerreißen und den Austritt aus der SPD zu erklären. Von den zerrißenen Mitgliedsbüchern darf jedoch kein Teil aus der Hand gegeben werden, Parallel mit dieser Entlarvungs- und Zerstückelungskampagne soll eine Steigerung des Auftritts „sozialdemokratischer Arbeiter“ auf Parteiparaden der KPD, genannt Volkskongressen gegen den Faschismus erfolgen.“
So weit unsere Informationen. Und nun bitten wir die KPD, mit ihrem neuesten Schwindel zu beginnen. Er ist entlarvt, ehe mit ihm begonnen wurde. Seine Wirkung kann deshalb nur die sein, daß die kommunistischen Schwindler in sozialdemokratischen Versammlungen sofort charakterisiert und wenn notwendig an die Luft befördert werden.
Also aufgepaßt! Legt den Schwindlern rechtzeitig das Handwerk.

Der Fehlgriff des Lohnabbaues

Fangen auch die Unternehmer an, dies einzusehen?

Immer mehr zeigt sich, daß die Lohnabbauoffensive ein Fehlgriff war. Der noch stärkere Rückgang der Kaufkraft macht sich geradezu katastrophal bemerkbar. Wir haben schon seit fast mehr als einem Jahr Lohnabbau. Aber in Leipzig auf der Messe hat man nichts von einer Verbesserung der deutschen Konkurrenzfähigkeit beobachten können. Statt dessen kann man beobachten, daß jetzt auch das Ausland am Lohnabbau Geschmack bekommt. Aus allen möglichen Ländern werden Lohnabbaubestrebungen des Unternehmertums gemeldet. Vor allem scheint in England jetzt die Lohnabbauwelle ins Rollen zu kommen. Was wird das Ende sein? Wir stehen in den Gesteckungskosten bald wieder dort, wo wir standen, und das Opfer des Lohnabbaus, d. h. die damit verbundene Vermehrung der Arbeitslosigkeit, war umsonst. Daß an dem Lohnabbauexperiment etwas nicht stimmt, leuchtet allmählich sogar den Unternehmern ein. So sprach dieser Tage die Unternehmerratszeitschrift der Baustoffbranche Ziegel und Zement davon, daß der Lohnabbau — ganz allgemein gesprochen — für unsere Wirtschaft ein „weiches, nichtiges Schwert“ sei. Auch die Ziegelmacht, ein anderes Organ der Baustoffindustrie, ist gegenüber



Theodor Leipart,

Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der dieser Tage wieder entschiedene Bekämpfung der Arbeitslosigkeit forderte und sich scharf gegen den Lohnabbau wandte.

dem Lohnabbau skeptisch geworden. Dieses Unternehmerratsorgan betont, der Lohnabbau habe auch eine Rehrseite, er schmälere die Kaufkraft, ohne daß die Arbeitgeber die Gewähr hätten, daß die ersparten Beträge dem Betrieb zugute kommen. Wie wenig wohl dem Unternehmertum mit dem Lohnabbau zumute ist, zeigt die Behauptung seiner Presse, daß jetzt eine Auswirkung des Lohnabbaus noch nicht einwandfrei festgestellt werden könne. Sie beruft sich dabei sogar auf die Gewerkschaftszeitung, das Organ des ADGB, die darauf hingewiesen habe, daß die neu vereinbarten oder aufgewungenen Lohnsätze meist erst ab Januar in Kraft getreten seien. Hier verrät sich deutlich ein schlechtes Gewissen.

Sogar in faschistischen Italien regt sich bereits der Widerstand gegen die Unvernunft des Lohnabbaus. So hat die Monatschrift der industriellen Arbeiterverbände einen bedeutsamen Vorstoß gegen die falsche Auffassung unternommen, als ob man mit Lohnkürzungen über die Wirtschaftskrise hinwegkommen könne. Dieser Vorstoß ist umso bedeutsamer, als der ihn einleitende Aufruf des Staatskommissar der Verbände der Industriearbeiter zum Mitverfasser hat. Andere Länder lernen schneller als Deutschland.

Die Lohnabbauoffensive war volkswirtschaftlich ein Fehlgriff und Fehlschlag. Die Preisabbauniederlage war die Marneeschlacht dieser Offensive gegen die Auslandskonkurrenz. Allein auch diesmal scheint die verantwortliche „Heeresleitung“ nicht den Mut zu haben, Schluss zu machen. Auch diesmal will sie durchhalten. Die Schwerindustrie fordert sogar eine neue Lohnabbauoffensive. Sie will wie im Krieg durchhalten bis zum Weißbluten, bis zum bitteren Ende. Haltet aus, laßt hoch das Banner des Lohnabbaus wehen — bis es der Arbeiterschaft einmal zu bunt wird.

Anzeichen der Kohstoffpreise und ihre Bedeutung

Die in der letzten Zeit festzustellende Besserung auf wichtigen Kohstoffmärkten hat der Hoffnung neue Nahrung gegeben, daß die Preise für Kohstoffe ihren Tiefstand überwunden haben und daß ein Ansteigen der Preise den verarbeitenden Industrien Anregung geben wird: sinkende Kohstoffpreise hemmen die Unternehmungskraft, steigende Kohstoffpreise beleben sie, schon aus dem Grunde, weil sie Risiken ausschalten.

Für die Besserungen kommen vor allem die Metallmärkte in Frage. Auch auf den Weltmetallmärkten ist eine gewisse Befestigung eingetreten. Auch hier dürfen, wie schon auf dem Metallmarkt u. a. das Eingreifen der nordamerikanischen Börsenspekulation auf der Bedeutung sein. Die Russen haben größere Mengen Roggen, man spricht von 135 000 Tonnen, zu einem beispiellosen Scheidertpreis an die holländisch-deutsche Getreidemarktation verkauft. Wie sich das auf den allgemeinen Markt auswirken wird, muß abgewartet werden. Der deutsche Weizenmarkt, völlig gelöst vom Auslandsmarkt, ist ausgebrochen fest. Der Weizenpreis hat auch den Roggenpreis in Deutschland höhergezogen. Dazu kam eine weitgehende Zollerhöhung für Roggen. Mit dem gegenwärtig überhöhten Weizenpreis ist der Landwirtschaft auch nicht gedient, weil der größte Teil der Landwirtschaft ja ihren Weizen bereits verkauft hat und so an den überhöhten Preisen absolut nicht profitiert. Der ladende Dritte dürfte der Handel sein. Von der festesten Tendenz auf den Kohstoffmärkten ist auch die Baumwolle ergriffen worden.

Die bessere Situation auf den Kohstoffmärkten ist nicht zu verkennen. Das drückt sich auch in den Preisindizes aus. Voraussetzungen handelt es sich nur um eine günstigere Auffassung und diese günstigere Auffassung rückt sich auf das Warenangebot und Bedarf. Eine Besserung auf den Kohstoffmärkten wird mit zu einer Liquidation der Weltkriege führen. Voraussetzung ist, daß man Bedarf schafft. Dazu gehört in erster Linie das man Schluss mit der Lohnabbaupolitik macht. Denn Lohnabbau heißt jetzt mehr als jemals Verzögerung des Bedarfs und Vernichtung von Hoffnungen auf Ueberwindung der Wirtschaftskrise.

Waffendiebe vor Gericht

Maschinengewehrschloffer, die man im Walde findet

Vor dem Schöffengericht Charlottenburg begann der Waffenschiebungsprozess Soppe und Genossen. Es sind im ganzen 50 Zeugen geladen. Daß die Waffenschiebung leitet seit überhaup in die Öffentlichkeit gelangte, war, wie erinnerlich einem tragischen Unfall zu verdanken.

Am 9. Juli vorigen Jahres stieß auf der Chaussee Potsdam-Gelbow der Personwagen des Kaufmanns Freudenbergs aus Brandenburg mit einem Motorrad an. Die beiden Motorradfahrer, der im Potsdamer Polizeipräsidium beschäftigte Versorgungsamtsrat Kurt Dörre und die Büroangestellte Hancke, waren auf der Stelle tot. In Dörres Brieftasche fand man 2200 Mafel und Gelele, die auf Waffengeschäfte hinwiesen. Die beim Verunglückten erfolgte Hausdurchsuchung förderte 6 Verzeichnisse von Maschinengewehrbestandteilen, verschiedene Briefe und Anschriften autage. Eine weitere Hausdurchsuchung bei einem gewissen Soppe ergab ein überaus reiches Resultat:

Man fand bei ihm etwa 128 Maschinengewehrschloffer, 48 Kurbelstentenglieder, 3 Pistolen, 1 Pistolentasche, etwa 300 Stück Munition, 4 Magazine für Pistolen, 7 kleine Ersatzteile für Maschinengewehre, 3 Brenningipistolen usw. Außerdem wurden auf dem Balkon 2 Mehrladepistolen und ein Paket Maschinengewehrschloffer gefunden. Soppe ludte verschiedene Schriftstücke zu vernichten und ließ auch einen Ankauf Schriftstücke auf die Straße fallen.

Neben dem 55jährigen früheren Gastwirt Willi Soppe sitzen heute auf der Anklagebank der 35jährige technische Polizeisekretär Friedrich Reimer, der 37jährige Schlosser und Korbandwerker im Zeugamt Spandau, Otto Paetel, der 41jährige technische Polizeisekretär, Mosanke, der 40jährige technische Polizeisekretär Hermann Wille, der Unterwaffenmeister des Reiterregiments 4 in Potsdam Otto Heinrich, 38 Jahre alt, und der Verkaufsleiter Sigmund Hochhaus, 56 Jahre alt.

Dem Hauptangeklagten Soppe wird zur Last gelegt, daß er sich nach der geleslich festgelegten Frist noch unbefugt in dem Besitz von Waffen, die aus Seeresbeständen stammten, befunden, daß er mit Kriegsgerät für inländische Verwendung gehandelt und solches aufbewahrt habe, und daß er sich außerdem der Hehlerei schuldig gemacht habe.

Soppe war Mitglied der NSDAP, Strahenzellenobmann und Kassier einer Gruppe. Die bei ihm gefundenen Waffen stammten teils von dem zu Tode gekommenen Dörre, teils von Reimer.

Im Zeitraum von vier bis sechs Wochen gingen auf diese Weise an den Hauptangeklagten Soppe 200 Maschinengewehrschloffer über.

Mosanke, technischer Polizeisekretär und Waffensekretär der berittenen Inspektion, wurde von Reimer, den er schon seit 1913 kannte, im Jahre 1926 aufgefordert, Maschinengewehrschloffer zu liefern.

Krach in der thüringer Regierungs-konkalition

Wird es endlich der Deutschen Volkspartei zu bunt?

Weimar, 11. März. (Eig. Ber.) Eine für Dienstag in Aussicht genommene interfraktionelle Besprechung der Regierungsparteien des thüringischen Landtags konnte nicht stattfinden, weil die Vertreter der Deutschen Volkspartei die Sitzung verließen, noch bevor sie überhaupt begonnen hatte.

Zwischen den thüringischen Regierungsparteien bestehen schon seit längerer Zeit Differenzen, die hauptsächlich politischer Art sind und vor allem bei der Haushaltsberatung immer wieder zum Ausdruck kommen. Diese Differenzen zu klären bzw. beizulegen, sollte der Zweck der für Dienstag abend vorgesehenen Besprechung sein. Die jedoch in die sachlichen Verhandlungen eingetreten werden konnte, erklärten die Vertreter der Volkspartei, daß sie sich die Schreibweise des in Weimar erscheinenden Organs der Nazis nicht mehr gefallen lassen könnten und anstandslos dieses Organ nicht mehr verhandeln würden. Nach dieser Erklärung verließen die Volksparteiler das Konferenzzimmer. Nazis und Landvölkler sahen mit ihrer Weisheit allein da, so daß die Besprechungen auf unbestimmte Zeit verlagert werden mußten.

Nationalsozialisten schlagen sich gegenseitig

GW, Hamburg, 11. März. In einem Lokal in der Weststraße fand gestern Abend eine Versammlung der „Dissolution Straße“ der Nationalsozialisten statt, dies auch von gemeinsamen Nationalsozialisten besucht war. Zwischen den Versammlungsteilnehmern entspann sich eine heftige Schlägerei, bei der man zu Biergläsern und Stühlen griff. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her. Ein Versammlungsteilnehmer mußte mit einer aufsteigenden schweren Augenverletzung in ein Krankenhaus gebracht werden. Weitere Personen wurden leicht verletzt.

Lehrling von Nazis erschossen

Berlin, 12. März. (Hundsbienst.) In Berlin-Schöneberg wurde am Mittwochabend gegen 9 Uhr ein 17jähriger Lehrling, der zu einer Gruppe „Roter Bandener“ gehörte, von einem Hakenkreuzler niedergeschossen und lebensgefährlich verletzt. Die Gruppe „Roter Bandener“, übrigens eine kommunistische Organisation, hatte in Berlin-Schöneberg an einer Versammlung teilgenommen. Als sich die jungen Leute nach Schluss der Veranstaltung auf dem Heimweg befanden, begegneten ihnen mehrere Nationalsozialisten, die wiederholt den Ruf „Heil Hitler“ ertönen ließen. Sofort entstand eine Schlägerei, die jedoch nur von kurzer Dauer war, weil die Hakenkreuzler, von den Kommunisten verfolgt, bald ausrückten. Auf der Flucht drehte sich einer der Nazis um und feuerte mehrere Schüsse ab.

Von einer Kugel wurde der 17jährige Lehrling in den Unterleib getroffen. Er drach Blutüberflutet zusammen. Die Täter hückelten unterdessen weiter und verschanden in den Räumen der Schloßbrauerei, wo später eine ganze Hiltenerversammlung ausbrach.

wurde, 110 Nationalsozialisten mußten den Weg zum Polizeipräsidium antreten. Hier fanden während der ganzen Nacht Verhandlungen und Gegenüberstellungen mit den Zeugen der Tat statt. Soweit einmündig festgestellt werden konnte, daß die Nationalsozialisten an der Tat nicht beteiligt waren, wurden sie wieder auf freien Fuß gesetzt. Alle verdächtigen Elemente wurden jedoch in Haft gehalten. Ihre Vernehmung dauert zur Zeit um sieben Uhr morgens noch an.

Deffentliche Anlage gegen Verfasser und Verleger „Geheißte Lustig“

Berlin, 11. März. Die Staatsanwaltschaft J. Berlin hat jetzt gegen den nationalsozialistischen Schriftsteller Moritz (Hendemann Barnow) und den Verleger Lehmann öffentliche Anklagen wegen formaler Beleidigung und übler Nachrede gegenüber dem Landtagsabgeordneten Kuttner erhoben. Die Verhandlung wird vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte durchgeführt werden.

Der Angeklagte Hochhaus war sichtlich Soppes Mitnehmer. Etwa 1200 bis 1400 Maschinengewehrschloffer waren in seinen Besitz übergegangen.

Sämtliche Angeklagte befinden sich auf freiem Fuß. Der Unterwaffenmeister Reimer trägt noch die Reichswehruniform. Die Angeklagten Reimer, Paetel, Mosanke und Wille bekennen sich auf die Frage des Vorsitzenden zur Republik. Als Republikaner bezeichnet sich auch der argentinische Staatsangehörige aus Galizien Hochhaus. Es entbehrt nicht einer gewissen Phanterie, daß der

Nationalsozialist Soppe

ausgerechnet dem argentinischen Republikaner Hochhaus auf unregelmäßige Weise erlangenes deutsches Kriegsgerät verkauft hat. Der Angeklagte Soppe bekennt die von ihm in der Verurteilung gemachten Aussagen;

„Sie seien unter dem Druck der Kriminalpolizei zustande gekommen. Von Dörre habe er nicht 600 bis 800 Maschinengewehrschloffer, sondern nur 120 erhalten, und von dem Angeklagten Reimer nicht 1200, sondern 50 Stück; an Hochhaus habe er nicht 1200 Maschinengewehrschloffer, sondern nur 50 verkauft. Auch der Angeklagte Reimer will seine früheren Aussagen nicht mehr wahr haben. Er habe die Ersatzteile, die er von anderen Angeklagten erhielt, an Soppe weiterverkauft in der Ueberzeugung, daß sie für die Firma Hochhaus bestimmt seien, die im Auftrag der Behörden gearbeitet habe und bei der Soppe früher als Lagerverwalter tätig war. Der Angeklagte Paetel machte es nicht anders als Soppe und Reimer.“

Zu einem Zwischenfall kam es bei der Vernehmung des argentinischen Staatsangehörigen Hochhaus. Er erklärte, daß ihm nur völlig unbrauchbare Ersatzteile geliefert worden seien, die erst durch Bearbeitung wieder brauchbar gemacht werden konnten. Auf die Frage des Befragten, an wen er diese Maschinengewehrschloffer weiterverkauft habe, erklärte der Angeklagte Hochhaus, daß dies eine der fremden Macht gewesen sei.

Der Staatsanwalt beantragt, diesen Fragenkomplex bis zum Schluss der Beweisaufnahme zurückzustellen und dann erst, die Deffentlichkeit auszusprechen.

Die Verteidiger erklären, daß der Angeklagte nicht die Pflicht gehabt habe, diese Frage anzuschneiden; da dies jetzt doch geschehen sei, müsse ausdrücklich festgestellt werden, daß diese Waffenlieferungen mit Wissen und Willen der Behörden vor sich gegangen seien. So seien einmal von der Polizei 500 Maschinengewehrschloffer, die von Hochhaus geliefert werden sollten, beschlagnahmt worden; auf die

Intervention des Auswärtigen Amtes seien sie dann wieder freigegeben worden.

Ein anderes Mal habe ein Kriminalbeamter mit Wissen seiner vorgesetzten Behörde den Wagen mit Waffenteilen besleitet. Das Gericht sieht sich zur Beratung über den Ausschluss der Deffentlichkeit zurück. Nach kurzer Beratung verkündet der Vorsitzende folgenden Beschluss: Das Gericht hält die Verantwortung der vom Beifahrer an den Angeklagten Hochhaus gestellten Frage in diesem Augenblick nicht für sachgemäß; der Beifahrer sieht die Frage zurück.

Freistaat Baden

Ungeeigneter Nazizeuge

Aus Heidelberg wird uns geschrieben:

Der nationalsozialistische Führer in Karlsruhe glaubt, einen großen Schlag gegen Minister Remmelke zu führen, indem er einen offenen Brief der Heidelberger Neuesten Nachrichten veröffentlicht, in dem sich die üblichen Ausparanzen gegen den badischen Unterrichts- und Justizminister überschlagen. Der Schlag geht jedoch in jeder Hinsicht daneben. Es ist nämlich falsch, wenn der Karlsruhe Führer schreibt, die Heidelberger Neuesten Nachrichten seien „ein bürgerliches Blatt“, das sicher nicht im Verdacht steht, „nationalsozialistischer Gesinnung zu sein.“ Im Gegenteil hierzu können die Heidelberger an Hand der Letztere der Heidelberger Neuesten Nachrichten feststellen, daß die Heidelberger Neuesten Nachrichten schon seit langem eine Schreibweise pflegen, die keinen großen Unterschied gegenüber einem nationalsozialistischen Blatt erkennen läßt. Was jedoch den Schreiber dieses offenen Briefes, den Hauptkritiker der Heidelberger Neuesten Nachrichten, Herr Hermann Baugische, betrifft, dessen eifrigste Feder in Heidelberg allgemein bekannt ist, so hat dieser wahrlich keine Ursache, über „sachmännliche Zuverlässigkeit“ zu sprechen. Herr Baugische erwähnt nämlich in seinem offenen Brief die Zoologie, die zwar nicht sein Fachgebiet ist, dafür hat er jedoch neben seinem Hauptberuf als Schriftleiter jahrelang von der „Heidelberger astronomischen Wanderversammlung“ öffentlich über astronomische Fragen referiert, die ja nicht gerade zum Forschungsgebiet eines Redakteurs der Heidelberger Neuesten Nachrichten zählen. Herr Baugische ist daher weder verständig noch sachlich geeignet in irgend einer Weise ein Richteramt über Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu versehen, und der Karlsruhe Führer baut daher sehr daneben, wenn er Herrn Baugische als Kronzeugen aufmarschieren läßt. Denn einen ungeeigneteren Kronzeugen als Herrn Baugische kann man sich nicht denken.

Vollverlamlung

der Badischen Landwirtschaftskammer

Die Badische Landwirtschaftskammer hält am 20. und 21. März dieses Jahres im Plenarsitzungslokal des Badischen Landtags ihre 38. Vollversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Beratung des Voranschlags für 1931/32. Ein Hauptthema wird die Lage der Landwirtschaft bilden, worüber Präsident Kerpel-Lohrbach berichtet.

Die Rechnung der BKR für 1929/30 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 1 430 995 M ab, der Voranschlag für 1931/32 mit einer Summe von 1 324 400 M. Der Staatszuschuß für das neue Rechnungsjahr ist mit 47 500 M eingestellt (gegen das Vorjahr 2500 M weniger). Die Beiträge zur L. R. sind mit 957 000 M voranschlägig (mehr 57 000 M). Vorschlägen wird die Erhebung einer Umlage von 58 Pf. auf 1000 M Steuerwert. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, neue Umlagen bis zum Höchstbetrag von 200 000 M aufzunehmen. Ein weiterer Antrag des Vorstandes geht dahin, daß Grundstücke im Gesamtwert von 200 000 M Rechnungsjahr 1931/32 gekauft und verkauft werden dürfen.

Die Gemeindebier- und Gemeindegetränksteuer

Der Badische Galtwirteverband hat an den Landtag eine Denkschrift gerichtet, worin unter Hinweis auf die katastrophalen Auswirkungen der Gemeindebier- und Getränkesteuer für das Galtwirtschaftswesen — 50 bis 60prozentiger Rückgang des Bierkonsums — die dringende Bitte ausgesprochen wird, dafür einzutreten, daß so rasch wie möglich eine Ueberwindung der Getreibelegung herbeigeführt wird.

In Sinaen a. S. findet am 9. und 10. Juni der diesjährige badische Galtwirte-Verbandsstag statt. Das Badische Ministerium des Innern hat durch Erlass vom 4. Februar 1931 alle badischen Städte und Gemeinden über 5000 Einwohner ermächtigt, als Einkäufer für Bier die Brauereien höheren Niederlagen anzusehen und steuerpflichtig auch für die fremden Gemeinden zu machen.

Der Bolschewismus in der Sackgasse

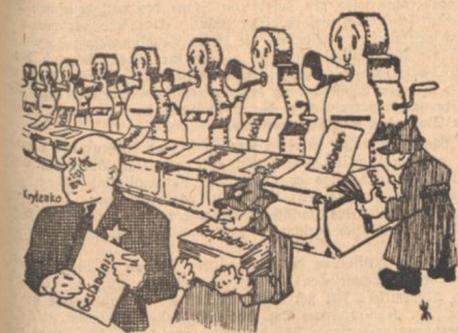
Von Fr. Deubel

In dem dieser Tage verbreiteten Flugblatt der Kommunisten steht der pathetische Satz:

„Sowjetrußland muß das leuchtende Beispiel sein, das allen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen, allen Arbeiterinnen und Arbeiterinnen, allen Jungarbeiterinnen und Jungarbeitern, allen Ausgebeuteten und Unterdrückten in ihrem Kampf richtungsgewand vorleuchtet.“

Der bedeutendste gegenwärtig lebende Marxist, der von keinem tieferen als von Karl Marx selbst als Vermalter des Marxismus eingeseite Karl Kautsky, hat demgegenüber in den letzten Jahren eine ganze Reihe Bücher geschrieben, in denen er die Wege weist, die die Partei bei der praktischen Vermittlung des Sozialismus zu gehen hat. Aber in allen Werken unseres großen Meisters kommt das Sowjetrußland und das Sowjetrußland nie in Betracht. Er nennt nur Sozialismus und Kommunismus. Von der Demokratie zur Staatsflaverei, die proletarische Revolution und ihr Programm und viele andere. Ganz anders aber sieht dies für das neueste Kautskybuch „Der Bol-

Technischer Fortschritt in Sowjetrußland



Für künftige Prozesse werden künstliche Angetriebe (Ersatz für Automaten) hergestellt, die auf einfachen mechanischen Antrieb Ersatzantriebe am laufenden Band produzieren. Man spart auf diese Weise die Bognadigung für gutes Verhalten.

„Bolschewismus in der Sackgasse“. In diesem Buche kommt unter in der ganzen Internationalen als bester sozialistischer Theoretiker bekannte und anerkannte Gen. Kautsky aber zu ganz anderen Resultaten als die Kommunisten und jene für Sowjetrußland schwärmenden Arbeiter.

In dieser Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus beschäftigt sich Kautsky speziell mit dem sogenannten Fünfjahresplan, über den er gleich zu Beginn sagt: „Es ist nicht gleichgültig, ob in unsern Reihen Arbeit darüber herrscht, was vom marxistischen Standpunkt prinzipiell zu dem neuesten Experiment des Bolschewismus zu sagen ist. So viel ich sehe, steht die Parteipresse ihm gegenüber. Trotzdem scheint es mir nicht überflüssig zu sein, zu unteruchen, auf welche Gründe unsere Skepsis sich aufbaut. Die Sache steht nicht so, daß das Experiment wahrscheinlich nicht gelingen wird, sondern es ist mit voller Sicherheit zu sagen, daß es scheitern wird und scheitern muß.“

Im Hand zahlreicher Berichte aus den Organen der russischen, kommunistischen und Gewerkschaftspresse weist Kautsky dann in von ihm gewohnter, klarer Weise nach, daß durch den Terrorismus und die Unterdrückung jeder Freiheit des Bauern sowohl wie des Arbeiters durch die Bolschewiki die russische Landwirtschaft mit dem der Industrie dem Untergang dem Chaos entgegengetrieben wird. Für eine rasche Erhöhung der Produktion stehen den Bolschewiki itellisch nur wenig andere Mittel zur Verfügung als jene, die jeder unfähige oder mittellose Feudalant anwendet: maßloses Ausbeuten der Arbeiter zu intensiver Ausnutzung ihrer Kräfte bei gleichzeitiger Reduzierung der Löhne, was unter dem Kommando der unaufrichtigen durch Zwangsarbeiten geschieht, die den Lohnempfänger außerlegt und gleich von ihrem Gelde abgezogen werden.“

Dadurch, daß die Arbeitszeit von 8 Stunden auf 10,5 Stunden im Tag erhöht wurde und durch ein rückwärtsloses Antriebsystem unterstützt wird, ist zwar die Quantität der Arbeit gesteigert worden, aber, wie das sowjetrussische Gewerkschaftsblatt „Trud“ selbst schreibt, ist die Qualität der Arbeit so verschlechtert, daß in einer Reihe von Betrieben bis zu 50 und mehr Prozent Ausschussware herabzuholen ist.“

Mit solchen niederschmetternden Nachrichten ist das ganze 151 Seiten umfassende Werkchen Kautskys über Sowjetrußland angefüllt. Kautsky sieht darin nur beständig, was er und die russischen Sozialdemokraten den Bolschewiki von Anfang an notungeliebt haben: Sie konnten sich gleich zu Anfang nur durch brutale Gewalt an die Macht bringen, indem sie die demokratische Revolution zurückließen und das Parlament 1917 im November und 1918 im Januar auseinandertrieben, nachdem sie bei den Wahlen unter 32 Millionen sozialistischen Stimmen nur 1,8 Millionen auf sich vereinigten. Und sie konnten sich nach ihren Staatsstreichen nur

Dumme werden gesucht

Zur Betriebsratswahl

Die Nationalsozialisten und Kommunisten versuchen mit aller Macht, die Betriebsratswahlen zu politisieren. Sie sprechen in ihrer Agitation nicht über die Aufgaben der Betriebsräte, sondern fast nur über weltliche Fragen, auf deren Lösung die Betriebsräte keinen unmittelbaren Einfluß haben. Die verlogenen rechts- und linksbolschewistischen Demagogen tun so, als ob nicht Betriebsräte, sondern Reichstaatsabordnete zu wählen seien. So hat der kommunistische Bergarbeiterverband ein förmliches Kampfsprogramm als Auftakt zu den diesjährigen Betriebsratswahlen veröffentlicht, das nicht weniger als 40 Forderungen enthält. Die meisten Forderungen können nur auf tarriflichem oder arbeitsrechtlichen Wege erfüllt werden, d. h. die Betriebsräte können kaum etwas für die Verwirklichung eines solchen Kampfsprogramms unternehmen. Entscheidend hierfür sind einzig und allein die politischen und gewerkschaftlichen Machtverhältnisse.

Die Betriebsräte haben, wenn sie ihre Aufgaben ernst nehmen, gerade genug zu tun. Man braucht ihnen wirklich nicht erst noch politische Kampfsprogramme aufzudrücken. Programme sind im übrigen ja billiger als Bomben. Wenn der Arbeiterkampf mit Programmen behoben werden könnte, dann wäre sie angelächelt der bei den Nationalsozialisten und Kommunisten erstaunlich starken Faszination von Versprechungen und Projekten längst nicht nur im Dritten Reich oder im Sowjetparadies, sondern schon im liebsten Himmel. Mit Kraftprüden ist der Arbeiterkampf jedoch nicht gemeint. Am allerwenigsten können Sprüchmacher, Schreier und Krakeeler in den Betrieben etwas helfen. Hier braucht man, wenn die Interessen der Arbeiterklasse sachlich, nachdrücklich und erfolgreich vertreten werden sollen, Leute, die vom Betriebsratsposten, vom Arbeitsrecht und gewerkschaftlichen Dingen eine Ahnung haben und auch sonst nicht weltfremd oder begriffstübig sind. Solche Leute werden aber nicht in dem Beramlungsstab der Kommunisten und Hitlerbanden. Was soll ein Betriebsrat schon mit dem Hitlerbanden über den Vorgesetzten oder über die Insubordination bei Arbeitsverhältnissen oder anderen Differenzen in seinem Betrieb anfangen? Antwort: Garnichts.

Das Klüßchen, das ein Betriebsrat für die Verteidigung der Interessen seiner Kollegen gegenüber dem Arbeitgeber braucht, kann er sich nur aus der

Kassenkammer der Gewerkschaften

holen. Die Gewerkschaften aber sind den Kommunisten wie den

Nationalsozialisten ein Dorn im Auge. In ihrem Hab gegen die Gewerkschaften hat sich z. B. die KPD-Fraktion im preussischen Landtag sogar dazu verstanden, für die Zulassung der Rechtsanwälte zur Vertretung bei den Arbeitsgerichten einzutreten. Ihr Mitglied Steinfurth begründete diesen Verrat der Arbeiterinteressen mit dem albernen Gerede, es sei nicht mehr als recht und billig, das schwarze-goldene Monopol der Vertreter der Arbeitnehmerinteressen zu beilegen. Die Tatsache, daß Rechtsanwälte, die einmal Arbeitgeberinteressen und ein anderes Mal Arbeiterinteressen vertreten sollen, niemals für die Grundzüge des Arbeitsrechts mit Überzeugung einreten können, hat die KPD-Fraktion im preussischen Landtag bei ihren Verrätertünden nicht gestört. Es kümmerte sie auch nicht, daß Rechtsanwälte naturgemäß durch Ausnutzung der Verfahrensbestimmungen ein Verfahren gern verschleppen und verteuern. Aber das macht eben blind und dumm, wie das Nachspiel des kommunistischen Verrätertündens im preussischen Landtag zeigt. Nachdem die KPD-Fraktion dahinter gekommen war, daß sie im Kampf mit den Gewerkschaften das Kind mit dem Bad ausgeschüttet hatte und Vorwürfe aus den Reihen ihrer eigenen Anhänger befürchtete, kam sie bei der Beratung der Justizverwaltung absichtlich mit einem Antrag, wonach vor den Arbeitsgerichten als Prozeßvollmächtigter oder Beistände Rechtsanwälte und Personen, die das Verhändigen oder Gericht amersmäßig betreiben, ausgeschlossen sein sollen. Vorher in die Kartoffeln und raus aus dem Kartoffel! Um zu erreichen, daß die Vertreter der KPD, auch vor den „bürgerlichen Klagenrichtern“ als Prozeßvertreter auftreten können, haben die großen Strategen der KPD, es fertig gebracht, zunächst mit der Gewerkschaftspartei gegen die Arbeiterklasse zu wüten und dann sich durch ihren Rückschlag lächerlich zu machen.

Von Dikteln erntet man keine Feigen, aus Strohen holt man keine Kennnisse. Das müssen sich die Arbeiter und Angehörigen bei den kommenden Betriebsratswahlen vor Augen halten, wenn Kommunisten und Nationalsozialisten auf die Gewerkschaften schimpfen. Es ist nur der

Reid der Impotenz

der aus diesen Schimpfereien spricht. Die Tatsache, daß zur Zeit in mancher Arbeiter, der sich durch die kommunistischen Phrasen in irgendeiner der von der KPD, gegründeten Gesamtorganisationen lösen ließ, wieder zu seiner freien Gewerkschaft zurückkehrt, spricht Bände.

Kampf dem Bürgerkriegstreiben!

Gegen die Entartung des politischen Kampfes in Nord und Ostschlag wendet sich die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit in einem Schreiben an den Reichsinnenminister und fordert nachdrücklich rückwärtslose Durchführung des Waffenembos auf der Rechten und Linken und einheitliche Ausführungsbestimmungen des Uniformverbotes für alle Organisationen für das gesamte Reichsgebiet.

Volkswirtschaft

Auf der Tagung des Badischen Weinbauverbandes in Wädil wurde die Bilanz für 1930 und der Boranschlag für 1931 einstimmig genehmigt und dem Präsidium und der Geschäftsführung Gutachten erteilt. Aus dem badischen Weinbauverband legte Dr. Müller sein Amt als Präsident des badischen Weinbauverbandes nieder und an seiner Stelle wurde Weinbauverbandsleiter Eugen Lang, Winzmeister bei Gengenbach, der bisherige 1. Vizepräsident einstimmig gewählt. Als Vizepräsident der Weinbauverbands wurde Dr. Müller einstimmig zum Ehrenpräsidenten des badischen Weinbauverbandes gewählt. Als 1. Vizepräsident wurde der Präsident des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in Baden, Georg Riedel-Karlsruhe und als 2. Vizepräsident Weinbauverbandsleiter Rudolf Eitel-Kreisheim einstimmig gewählt.

Die 8. Textil- und Bekleidungs-Messe in Stuttgart findet am 12. Mai in den Tagen 12., 13. und 14. April in der Stuttgarter Gewerbehalle statt. Sie bietet für jeden Interessenten die beste Gelegenheit, alle neuen Textildesigns auf dem weiterentwickelten Gebiet des Textils- und Bekleidungssektors kennen zu lernen.

Die Reichsbank wird, wie im vorigen Jahr, eine Dividende von 12 Prozent bezahlen.

In der Generalsammlung der Reichsbank Oppingen e. G. m. B. H. wurde der Reinergebnis auf 18.537 Mark bestimmt, woraus 8 Prozent Dividende = 8826 Mark zur Verteilung gelangen.

Karlsruhe Schachwettbewerb. Zufuhr: 20 Cöhen I. 40-42, 43-45, II.: 43-45, 42-43, 40-42, 37-40, 37-38, 39 Wullen 43-44, 40-41, 39-40, 37-39; 35 Rude A, B 17-27, 9-17; 127 Bären 40-52, 33-44. Großvieh zusammen 221 Stück; Rinder 63 Stück A, B 63-66, 60-63, 56-61, 44-49; 1361 Scheweine 45-47, 47-49, 49-53, 51-54, 48-53, B 37-41. Gesamtzahl: 1643 Stück. Beste Qualität aber Reitz bezahl. Tendenz: Bei Großvieh und Schweinen langsam, Ueberflut, bei Rindern langsam geräumt.

Guter Abschluß der Leipziger Messe

Leipzig, 11. März. Die große Technische Messe und Baumeße in Leipzig ist am Mittwoch zu Ende gegangen, womit die gesamte Frühjahrsmesse ihren Abschluß gefunden hat. Ueber den wirtschaftlichen Erfolg der Technischen Messe und Baumeße für die Aussteller und Besucher ist zu sagen, daß in hohem Maße gefragt und gekauft worden ist, und daß im Durchschnitt die Messe über alle Erwartungen gut, im Verhältnis zur Wirtschaftslage sogar ausgezeichnet war.

Konferenz der Innenminister

Wie wir erfahren, werden an der am Montag stattfindenden Konferenz der Innenminister der Länder, die heute vom Minister Seppening im preussischen Landtagssaal angelündigt wurde, die Innenminister von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen teilnehmen.

Munitionslager entleert

Stettin, 11. März. In der dem Amtsgeschäft und Kreisdeputierten von Schwerin gehörigen Burg Spornisow, Kreis Anklam, wurde in diesen Tagen durch Beamte der Landesstrafvollzugsanstalt ein größeres Munitionslager ausgehoben. Es handelt sich um rund 10 000 Schuß M.G. Munition, die in einem unterirdischen Gewölbe deart versteckt aufgehoben wurde, daß ihre Bergung nur unter großen Schwierigkeiten gelang.

Deutsch-polnisches Liquidationsabkommen im Sejm angenommen

Warschau, 12. März. (Funkdienst). Der polnische Sejm hat das deutsch-polnische Liquidationsabkommen am Mittwoch abend in namentlicher Abstimmung angenommen. Die Annahme erfolgte mit 133 gegen 90 Stimmen.



Ja, verehrte Hausfrau!

Bei

Mühlen Franck



merken Sie sehr viel

vom Preisabbau und von der Billigkeit.

Mühlen Franck ist ausgiebiger, kräftiger, gehaltvoller,

daher viel billiger, viel preiswerter als andere Kaffewürzen.

Mühlen Franck die gute Würze zu jedem Kaffee!

Offener Brief an den Syndikus des Hausbesitzerverbandes

Sehr geehrter Herr Dr. Dierle!

Da in Ihren Kreisen die Mieterzeitung nicht gelesen wird, und da Sie in der Hausbesitzerzeitung Ihren Mitgliedern über gegangene Dinge in einer Weise berichten, die sich mit der Wahrheit nicht verträgt, muß ich diesen sonst nicht üblichen Weg beschreiten, um nicht Sie, sondern die Kreise, die Sie zu vertreten haben, über die wahre Sachlage zu unterrichten.

Sie haben in der Nummer 2 der Bad. Hausbesitzerzeitung einen Artikel veröffentlicht, der nach verschiedener Richtung hin sowohl einer scharfen Zurückweisung als auch einer Richtigerstellung bedarf. Sie schreiben a. B., daß in der jetzigen Miete von 120 Prozent faum 0,70 bis 0,75 M Umlage gedeckt seien und daß die darüberliegenden Teile bisher vom Hauseigentümer hätten allein besahdet werden müssen.

Sie vergessen aber dabei zu erwähnen, daß mit der Erhöhung der Miete vom Januar 1926 bis Februar 1931 von 86 auf 120 Pros. der Satz für Betriebskosten von 26 auf 35 Pros. gestiegen ist, und zwar in folgender Weise:

1926: Januar bis Juni	26 Prozent
Juli bis Dezember	27,5 "
1927: Januar bis März	27,5 "
April	27,5 "
Mai bis September	33,5 "
Oktober bis Dezember	43,5 "
ab 1928: bis Februar 1931	35,0 "

Sie erinnern sich wohl nicht der Tatsache, daß die Betriebskosten in der Zeit vom 1. Februar 1926 bis 1. Februar 1930 in ungünstigsten Falle in den 19 größten badischen Gemeinden nur von 24 auf 26 Pros. gestiegen sind, daß also bei einer Steigerung des Hunderttausends um 9 Pros., die Betriebskosten selbst nur um 2 Pros. gestiegen sind, daß also immer noch 7 Pros. verfügbar waren, um weitere Steigerungen der Betriebskosten tragen zu können.

Sie haben wohl die Worte des Zentrumsabgeordneten Dr. Föhr im Badischen Landtag vergessen, der damals bei der Erhöhung der Miete auf 120 Pros. seiner Meinung dahin Ausdruck gab, daß man dem Hauseigentümer von dieser Erhöhung 6 Pros. mehr überlassen müsse, um die kommenden Umlageerhöhungen decken zu können — Erhöhungen, die einschließlich der Erhöhungen der Gebühren bis 1. April 1930 nur um 2 Pros. im Durchschnitt eingetreten sind. Selbst die Erhöhungen vom 1. April 1930 ab werden im allgemeinen ganz geringfügiger Natur, ganz abgesehen davon, daß vom 1. April 1931 ab auf Grund der Notverordnung wieder eine Senkung eintreten soll.

Trotz dieser Tatsache der ausreichenden Deckungsmöglichkeit hat Ihre Organisation die Forderung erhoben, daß die seit 1. April 1927 erhöhten oder neu eingeführten Steuern, Umlagen und Gebühren auf die Mieter sollten besonders umgelegt werden dürfen. Dieser Forderung beabsichtigte der Herr Minister des Innern insofern entgegenzukommen, als er die Umlegung der seit 1. April 1930 erhöhten oder neu eingeführten Gemeindegebühren umlegen lassen wollte. Die Entwicklung der Dinge bis zu diesem Zeitpunkt ist in diesem Zusammenhang keine Rolle. Zu diesem Zwecke fand in Karlsruhe eine Besprechung statt, bei der der Entwurf des Herrn Ministers und nicht die Forderungen des Hausbesitzers zur Aussprache und zur Entscheidung standen.

Von hätte man annehmen sollen, Herr Dr. Dierle, daß Sie in einem Bericht, den Sie über diese Sitzung geben, nicht nur die Stellung der Mietervertreter, sondern auch die der Hausbesitzervertreter hätten erwähnen müssen, weil sonst der Anschein erweckt wird, daß Sie Grund und Ursache haben, die Stellungnahme der Hausbesitzervertreter zu verschweigen.

Ich kann dies wohl begreifen; denn wenn der Hausbesitzerführer Willeit in Mannheim nach einer Rede erleben mußte, daß die Versammlung einmütig in einer Entschließung die Festsetzung eines Betriebskostensatzes ablehnte, obwohl die Vertreter des Hauses schon einem solchen Satze zugestimmt hatten, so verpönte er dies wohl als eine Ohrfeige ganz besonderer Art, und es ist darum verständlich, daß die Hausbesitzerzeitung über die Verhandlungsartigkeit ihrer Vertreter den Mantel der christlichen Nächstenliebe deckt und zu gleicher Zeit den Mietervertretern eine Stellung zuweist, die genau das Gegenteil von ihrer wirklichen Haltung darstellt.

Sie scheinen ganz vergessen zu haben, daß ich mich bei meinen Ausführungen immer auf den Entwurf des Herrn Ministers bezog, der nur von einer Umlegung der erhöhten oder neu eingeführten Gebühren handelte, und erklärte, daß wir dem Entwurf zustimmen könnten unter der Voraussetzung, daß ein Betriebskostensatz als Grenze gesetzt würde.

Sie haben wohl ganz vergessen, daß ein Vertreter des Hauses zuerst die ursprüngliche Forderung, nämlich die Einbeziehung aller Erhöhungen seit 1927 umlegen zu dürfen, fallen ließ. Sie haben ferner scheinbar vergessen, daß derselbe Herr selbst einen Betriebskostensatz von 25,5 Prozent vorschlug.

Sie scheinen weiter vergessen zu haben, daß gegen Ende der Verhandlung, dieser Betriebskostensatz mit Zustimmung der Hausbesitzervertreter auf 23,75 Pros. erhöht wurde, als der Herr Minister versuchte, eine Einigung zu erzielen, nachdem die Mieter einem Satze von 26 Pros. zugestimmt hatten.

Sie können sich wohl nicht mehr daran erinnern, daß es sich für die Mieter immer nur um eine Umlegung der erhöhten oder neu eingeführten Gebühren handelte, also nur um eine Umlegung des erhöhten Teils der Gebühr und nicht der ganzen Gebühr bei einer eventuellen Erhöhung.

Sie scheinen zum Schluß aber auch vergessen zu haben, daß in

Hakenkreuz im Studentenausschuß

Was geht an der Techn. Hochschule vor?

Aus Studententreiben der Technischen Hochschule Karlsruhe wird uns geschrieben:

Der „Allgemeine Studentenausschuß“ (Asta) wird im Februar alljährlich durch allgemeine, geheime und geheime Wahl von den Studierenden deutscher Nationalität gewählt. Der Asta ist statutenmäßig in Fragen der Konzeption, der Parteipolitik und der Kasse neutral. Damit sind keine Aufgaben auf allgemeine studentische Fragen beschränkt. Einen Einfluß auf die Berufung der Professoren etwa und auf ähnliche Fragen, die den Lehrkörper betreffen, besitzt er nicht.

Im alten Obristenstaate gab es diese studentische Selbstverwaltung nicht, sie ist ein Geschenk der „Novemberrevolution“ und ihrer Nachfolgerinnen an die Studentenschaft. Erwartete der demokratische Staat durch dieses Zugeständnis ein Bekanntnis der Studentenschaft zur Demokratie? Wir glauben es nicht, denn das Gros der Studierenden entstammt kleinbürgerlichen, militärischen und bürgerlichen Schichten, die der heutigen Staatsform feindlich oder zum mindesten ablehnend gegenüber stehen. Ist es ein Wunder, daß dann die studentische Selbstverwaltung — politisch gesehen — stets ein Lummelstück für politische Abenteuer, für Drahtzieher aus reaktionären Kreisen war? Es war somit zu erwarten, daß die nationalsozialistische Welle, die im letzten Jahre durch die Verproletarisierung des Kleinbürgertums so ungeheurer anwuchs, ihren besonderen Ausdruck bei den diesjährigen Wahlen finden würde. Der letzte Asta 1930/31 an der Technischen Hochschule in Karlsruhe hatte nur einige nationalsozialistische Vertreter aufzuweisen. Der neugewählte Asta 1931/32 besitzt eine starke nationalsozialistische Mehrheit.

Der neue Asta hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen. Was könnte man von ihm erwarten? Etwas intensive Arbeit an der Hochschulreform, der Bekämpfung des Aufstieges der Gebahren und Entschleunigung, die darauf hinauslaufen, auch dem Proletariat das Studium zu ermöglichen? Bis heute erstreckte sich seine Tätigkeit auf den Fall Gumbel, den Numerus Clausus, die Arbeitsdienstpflicht, und den Wunsch nach Beihilfen für Klassenkassen und Wehrsport.

Die politische „neutrale“ Maske des Asta ist gefallen. Er zeigt sich jetzt als das, was er in seiner Mehrheit im Stillen schon immer war, als ein Heiler der Nationalsozialisten. Dem entspricht auch die radikalere Haltung der sich jetzt befehligen.

Das erste Opfer sollte unser Parteigenosse Prof. Gumbel in Heidelberg sein. Wir können wohl verstehen, daß die Jünger des deutschen Faschismus Sturm laufen gegen einen Mann, der durch seine Entbillungen manchen ihrer Führer aufs schwerste beleidigt hat, und den Mut hat, die Oberflächlichkeit der nationalsozialistischen Führer- und Selbendidologie aufzudecken.

In der Protestkundgebung der „Karlsruher Studentenschaft“

gegen Prof. Gumbel sprach ein Heidelberger Student, und dieser junge Herr war zudem ehrlicher, als man wohl gedacht hätte: er gab offen zu, daß man in erster Linie mit dieser Aktion das heutige System treffen wollte, und er ließ es nicht an widrigen Gesichtspunkten gegen die Regierung fehlen, die der Reichspräsident ihre Urteile vorstreckte. (Prof. Gumbel war nämlich vom Verbrechen des Landesverrates freigesprochen worden). Man sieht, die politische Linie der „Karlsruher Studentenschaft“ ist klar und eindeutig. Befremden muß es aber, daß die freistudentischen Vertreter und die Astagruppe der katholischen Studenten dennoch diesen übeln Rummel mitmachen.

Das übrigens auch bei katholischen Korporationen teilweise ein stramm nationalsozialistischer Geist herrscht, dürfte nicht mehr ganz unbekannt sein. Mit der Autorität der Bischöfe, die sich in verschiedenen Kundgebungen gegen Hitler gewandt haben, scheint es hier nicht mehr auf bestellt zu sein.

Eine weitere Leistung des neuen Asta war die einstimmige Annahme eines Antrages, sich für die Einführung eines numerus clausus im Sinne des „volksdeutschen Problems“ einzusetzen. Numerus clausus bedeutet die beschränkte Zulassung zum Studium auf deutschen Hochschulen, unklar aber für jeden Leser der Zeitungsberichte wird der Zusatz „im Sinne des volksdeutschen Problems“ sein. Auch uns ist dieser Zusatz unklar, und wir vermuten, auch den meisten von denen, die diesen Beschlus gefaßt haben. Daß sich die Nationalsozialisten so intensiv für diesen Beschlus begeistern, vermuten wir dahinter eine antisemitische Note. Auch wir sind für eine Einschränkung des Hochschulstudiums. Der beste Weg wäre nach unserer Ansicht die Einführung eines numerus clausus im Sinne des Begabtenproblems.

Was die Wünsche an einer Vorlesung über Klassenkunde betrifft, so wird bekanntlich schon längst eine derartige Vorlesung abgehalten — anscheinend ohne daß die nationalsozialistischen Korporationen mangels Zeit für Vorlesungsbesuch etwas davon wissen, oder halten die „leutschen“ Studenten ihren Herrn Dr. Gumbels als persönlich geeigneten Dozenten über Klassenkunde hierfür für parat.

Die Radikalisierung der akademischen Jugend ist ohne weiteres aus der wirtschaftlichen Notlage zu verstehen. Auch das Schicksal des Akademikers hat sich heute erfüllt: Er ist Proletarier geworden. Der Kapitalismus hat sich auch hier seine industrielle Reservearmee geschaffen. Daß dieses Proletariat seine Lage noch nicht einsehen will und glaubt, durch kleinbürgerliche Ideologien und durch Aufwärmern vormärzlicher Burschenschaftsideale seinem Schicksal entrinnen zu können, wird uns Marxisten nicht verwundern. Nur wenige haben den Mut und die Einsicht, ihre Klassenlage zu erkennen. Hier ist noch viel Propagandarbeit zu leisten. Bis auch der akademische Proletarier erkannt hat, daß es für ihn nur einen Bundesgenossen gibt, das klassenbewußte Proletariat nur ein Ziel, den Sozialismus.

Gewerkschaftliches

Die feierlichen der Reichsbahn Abweisung der Klage der Gewerkschaften

Berlin, 11. März. Die Massenklage, die die drei Eisenbahngewerkschaften gegen die Reichsbahndirektion wegen der Feiern schichten angestrengt haben, ist heute vormittag vom Arbeitsgericht abgewiesen worden, wie dies bereits vor einiger Zeit mit dem in Dresden gefällten Prozeß der Fall war. Der Vorsitzende des Arbeitsgerichts als Arbeitsamtsrat für eine gewisse Dauer zulässig ist. Die Eisenbahngewerkschaften werden wegen der Grundlosigkeit der Frage Berufung beim Landesoberlandesgericht einlegen.

Tariffreit in der Schwarzwälder Uhrenindustrie

Donaucesingen, 10. März. Für den Bereich der Schwarzwälder Uhrenindustrie fanden in Donaucesingen am 9. und 10. März Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Manteltariffvertrages statt. Diese führten nicht in allen Punkten zu einer Einigung. Insbesondere konnte die Frage der Urlaubsregelung und die Arbeitszeitfrage nicht gelöst werden. Darüber soll nunmehr ein vereinzelter Schlichtungsausschuß entscheiden.

Lohnschiebspruch für rheinische Gemeindebetriebe

Köln, 10. März. Für 48 rheinische Städte und Gemeinden, darunter Aachen, Aachen, Bonn, Trier, Koblenz, Gladbach-Köln, Düren, Cleve usw. wurde vor der Beiratschlichtungsstelle für Arbeitsverhältnisse in Köln ein Schiebspruch gefällt, wonach ab 1. April d. J. die festigen Grundlöhne um 6 Prozent gekürzt werden. Der Schiebspruch läuft bis zum 31. Juli 1931.

Höhere Schulen in Karlsruhe.

Neuanmeldungen von Schülern und Schülerinnen für alle Klassen werden am Freitag, den 13. März, von 3-5 Uhr, in den Schulgebäuden (Hauptschule, Söthenstraße 14, Realschule, im Karl-Wilhelm-Schulhaus, Karl-Wilhelm-Straße 2, Goetheschule, Gymnasium, Helmholz-Eberrealgymn. e. S. Humboldtstraße, Kant-Eberrealgymn. Realschule) entgegengenommen.

Bei den Vorlesungen: Der Geburtschein (auch für die in Karlsruhe Geborenen), der Amtsschein und das letzte Schulzeugnis.

Die Aufnahmeprüfungen beginnen am Samstag, den 14. März, vormittags 8 Uhr.

Sie machen darauf aufmerksam, daß Anmeldungen und Aufnahmeprüfungen einheimischer Schüler und Schülerinnen nur am 13. bzw. 14. März stattfinden können. Die Grenzen der Schulbezirke sind zwischen Leistung- und Hauptschule, Weichentstraße, zwischen Realschule und Realschule, Karl-Friedrich- und Stillingstraße; zwischen Helmholz- und Kant-Eberrealgymn. Friedrichstraße. Zum Bezirk der Realschule gehören auch Reierheim und Sulach.

Die Direktoren der Höheren Schulen in Karlsruhe.

Volksfreundleser Parteigenossen! Achtung!

Eich Wohnung, engl. Modell, 230 Mk. Welle mit Kasten... 225 Mk. Wohnungsmöbel... 110 Mk. Kaufsehen Katerstr. 225, 301

Bernhard Müller, Karlsruhe 207
1 Treppe hoch
Offenbacher Lederwaren
zu billigen Preisen
Reparaturen in best. Ausführung 2 20

Blanz, Tüben, Wästel, Schränke, Möbel aller Art, Nähmaschine, verleiht, für Garderobe, alles billig bei Hilschmann, Jähringerstr. 29

Schlafzimmer, ganz abstr. Modell, echt auf Birnbäum, Antarkien betehend aus 200 cm breitem Ankleideschrank, 2 Betten, 2 Nachttische mit Glaspfanne, 1 Kissenkissen, 1 Polsterstuhl, 2 Polsterstühle
Reklamepreis: 925.- Mk.
Hain & Künzler, Waldstraße 6-8

AN DIESER ECKE HAT SCHNEYER eine ständige Verkaufsstelle vor-teilhafter Angebote geschaffen

alle

haben ein Interesse daran, zu erfahren, daß wir hier einen Spezial-Verkauf besonders günstig eingekaufter Waren veranstalten, die wir mit Unterstützung bedeutender Fabriken der heutigen wirtschaftlichen Lage entsprechend, sehr billig zum Verkauf stellen. Zuerst beginnen wir mit der Abteilung Herren-Kleidung

Wir eröffnen Samstag 1/2 4 Uhr

Gelegenheitskauf! Speise-Zimmer (Eiche)
wunderschönes, modernes Zimmer, bestehend aus:
1 Büffel mit Vitrinen Aufsatz,
1 Bismarck-Schreibtisch, welcher jedoch nicht genau zum Büffel paßt,
1 groß. Auszieh-tisch.
4 Leierstühle mit echt. Kindleder zu dem wirkl. billigen Preis von **500.-** abzugeben.
Möbelhaus Carl Baum & Co.
Eppenzauerstr. 30
K. in Laden,
100 Zimmer und Kassen 2234

Ich brauche nur Hummels Rasiermesser
Karl Hummel, Werderstr. 13

Wer stickt?
Buchstaben auf einer Singer-Nähmaschine
Angeb. unt. Nr. 2269 an das Volksfreundbüro.

Gelegenheitskauf!
2 Bücherregale Eichen, 100 Breit
5 Ornamophonhüllen Eichen mit Kasse ganz vollständig neu, die an Zahlungsstatt übernommen wurden, günstig abzugeben. Anfragen unter Nr. 2212 befördert das Volksfreundbüro.
Mietervereinigung K'ruhe (e.V.)
K'ruhestr. 19, (nur 1. Etage, Unt.) Donaucesingen, 22, 23, 17.

Protest der Eisenbahner Mittelbadens

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands hatte auf Sonntag, 8. März, die mittelbadischen Betriebs- und Beamtenräte...

Die am 8. März 1931 in Offenburg tagende Konferenz der mittelbadischen Funktionäre des Einheitsverbandes der Eisenbahner...

Die Konferenz kann es nicht verhehlen, daß die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft immer nur beim schlechtesten Personal...

Die Funktionäre fordern die Organisation auf, mit aller Entschiedenheit gegen diese rigorosen Maßnahmen anzukämpfen...

Ein großer Teil der Reichsbahn-Arbeiterschaft besteht aus Frauen von unter 60 Jahren, welches Einkommen ja kaum dem eines...

Im getrennten Tagung referierte der Kollege Seini recht ausführlich über Beamtenlaufbahn- und Anwärterfragen...

Die Konferenz nahm den ganzen Tag in Anspruch. Die aufgeworfenen Fragen wurden von den Referenten in den Schlussworten...

Sozialdem. Partei Karlsruhe

Arbeiterwohlfahrt. Am Sonntag, 15. ds. Mts., findet der Verkauf der Notabzeichen...

Vorstandssitzung. Donnerstag, den 12. März, abends 8 Uhr, findet im „Berkenshof“...

Bezirk Oststadt. Am Donnerstag, den 12. März, abends 8 Uhr, findet im „Berkenshof“...

Bezirk Mühlburg. Da der Parteivorstand auf Donnerstag eine Vorstandssitzung...

Bezirk Grünwinkel. Samstag, 14. März, abends 8 Uhr, Bezirksversammlung im...

Franzengruppe Alt-, Mittel- und Südweststadt. Heute abend 8 Uhr im Büro der Arbeiterwohlfahrt...

Freier Hausfrauenbund. Am Donnerstag, 12. März, nachmittags 4 Uhr, findet unsere...

Große Kundgebung

anlässlich des 10. Jahrestages der Volksabstimmung in Oberschlesien...

im kleinen Festhallsaal

am Sonntag, den 15. März 1931, vormittags 11.15 Uhr...

Aus aller Welt

19 Kollidie in Berlin festgenommen

Berlin, 11. März. Mit dem Umwesen der Kollidie auf dem Berliner Schlachthof...

Zwischenfall bei der Lotterieziehung

Berlin, 11. März. Bei der Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie...

Um 5000 Franz begauert

Strasbourg, 11. März. Im Schnellzug Marzelle-Strasbourg wurde der tschechoslowakische Bergarbeiter Jara Kusma...

Keine Einstellung der Kreuzzeitung

Die Nachricht, daß die Kreuzzeitung am 1. Juli ihr Erscheinen einstellen werde...

Der Berliner Kinomord

Berlin, 11. März. Die Berliner Mordkommission nahm am Mittwochabend...

Wüste Szenen in einem Brooklyn Warenhaus

New York, 11. März. Ein Brooklyn Warenhaus hatte Kleider und Mantel...

Jugendpreis deutscher Erzähler 1930

Am den diesjährigen Jugendpreis, der dem Verband deutscher Erzähler...

Mutart in Rudolfsstadt als „Jertum“ eines Zeitverlegers

Der blutige Vorfall in einem Gasthaus in Rudolfsstadt, wo, wie gemeldet...

Pfänder-Versteigerung

Am Mittwoch, den 11. März 1931, vormittags von 9 Uhr u. nachmittags...

Das Versteigerungstotal wird 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet...

Schöne 3 Zimmerwohnung, 3 Minuten von der Straßenbahn...

der „Kauf“ in weiblicher Gesellschaft höchst gesucht hatte und die Wirtin...

Filmverbot

Die Filmprüfstelle der Reichsregierung hat den Film „Lied des Lebens“...

Schneeverwehungen

Im südwestlichen Deutschland, insbesondere bei Friedrichshafen, Sigmaringen...

Bern, 11. März. Auf der Wettermatte in Bern wurden heute früh 96,1 Ztm. Schnee gemessen.

St. Gallen, 11. März. In Neudorf bei St. Gallen stürzte die Konzerthalle...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerigungszeiten. 9. März: Franz Rudens, 7 Monate alt...

Sensation auf dem Lebensmittelmarkt

Die Preise sinken... da kommt gerade Sanelia auf den Markt! Die neue, nahrhafte...

Advertisement for Sanelia featuring a portrait of a man and the text: 'Frohe Botschaft für die Hausfrau! EXTRABLATT! Sanelia Bald kommt Sanelia'.

Advertisement for the 'Große Kundgebung' in the 'kleinen Festhallsaal' on March 15, 1931, at 11:15 AM.

Lebensmittel *Niedrige Preise! Gute Qualitäten!* **KNOPF**

Frische Landbutter · Pfund 1.30 Frische Molkereibutter Pfund 1.60 Vollfetter Camembert 6 tteilig 85 / Stangenkäse im Ganzen · Pfd. 40 / Schweizerkäse · 1/2 Pfund 63 / Bauernbrot nach Hanauer Art Laib 88 / Frische Landeier 10 Stück 85 / Feinstes Erdnußöl · Liter 90 / Oelsardinen · 1/2 Clubdose 40 / Tomatenmark · 2 Dosen 25 / Gewürzgurken · 1 Pfd.-Dose 40 / Reiner Kakao · 1 Pfund 85 /	Tafelreis · 2 Pfund 35 / Grüne Erbsen · 2 Pfund 45 / Linsen · 2 Pfund 38 / Braune Bohnen · 2 Pfund 36 / Gelbe Erbsen · 2 Pfund 45 / Gem.-Gemüse · 1 Dose 65 / Schnitt- u. Brechbohnen · 1 Dose 48 / Junge Erbsen · 1 Dose 60 / Jg. Brechbohnen in 1/2 Dose 38 / Schwarzwurzeln · 1 Dose 1.60 / Apfelsmus tafelfertig · 1 Dose 50 /	Gekochter Schinken 1/2 Pfd. 85 / Landleber- u. Blutwurst Pfd. 78 / Delikat-Leberwurst 1/4 Pfd. 38 / Kalbsleberwurst 1/4 Pfd. 55 / Bierwurst · 1/4 Pfd. 30 / Blockwurst · Pfund 1.35 Geräucherte Backen · Pfd. 68 / Dörrfleisch · Pfund 1.25 Fetter Speck · Pfund 90 / Kasseler Rippensteck · Pfd. 1.35 Große Wienerwürstchen · Pfd. 25 /	Grieß-Spaghetti · Pfund 50 / Grieß-Makkaroni · Pfund 45 / Eier-Nudeln · Pfund 50 / Malzkaffee · Pfund 25 / Gebrannt. Kaffee · Pfund 1.95 Schellfisch im Ganzen · Pfund 35 / Kaviar im Ganzen · Pfund 24 / Fischfilet · Pfund 47 / Grüne Heringe · 3 Pfund 50 / Bücklinge · Pfund 25 / Seelachs · Pfund 50 / Seeaal · 1/4 Pfund 30 /	Süße, saftige Orangen 4 Pfd. 88 / Amerik. Tafeläpfel · Pfund 45 / Citronen · 5 Stück 15 / Schwarzwurzeln · 2 Pfund 55 / Kopfsalat grosse Stauden · 25 / Zwetschgenmus 1 Pfd.-Dose 50 / Feiner Zucker · 5 Pfund 1.50 Weizenmehl Spezial · 5 Pfund 1.28 Hartweizengrieß · 2 Pfund 48 / Amerik. Fett · Pfund 65 / Deutsches Fett · 1 Pfd.-Paket 80 / Kokosfett · 1 Pfund-Tafel 40 /
--	---	--	--	--

Für bevorstehende Konfirmation u. Kommunion empfehlen wir:
Torten und Kuchen jeder Art
 mit und ohne Aufschrift, aus eigener Konditorei
 Preisliste: **1.50 2.50 3.50 4.50**

Unsere Oster-Ausstellung in Konfitüren ist eröffnet!
 Große Auswahl Schokolade-, Marzipan-, Waffel- u. Zucker-Hasen u. Eier. Gefüllte Körbchen, Präsent-Eier u. Geschenk-Kartons, Pralinen, 6 Stück Schokolade-Honig-Eier **50** /

Wissen Sie schon . . .

- ... daß die Herstellung des „3 Groschen-Oper“-Tonfilms ca. 2 1/2 Millionen Goldmark verschlungen hat?
- ... daß der Film von der amtlichen „Bildstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht“ die Auszeichnung „künstlerisch“ erhalten hat?
- ... daß die Gerüchte von einem Verbot des Filmes den Tatsachen zum Mindesten vorentsagen, da er erst am kommenden Montag von der Oberprüfstelle vorgeführt wird?
- ... daß dem Film auch in Karlsruhe das größte Interesse entgegen gebracht wird, und er hier in den ersten 5 Tagen von 7000 zahlenden Besuchern gesehen wurde?
- ... daß es G. W. Pabst's 3. Tonfilm ist und sein 3. großer künstlerischer Erfolg?

Der Millionen-Tonfilm
„Die 3 Groschen-Oper“
 Frei nach Brecht Musik von Weill
 Nur noch wenige Tage um **6, 8, 10, 12, 14** Uhr in der
Schauburg
 Mariensstraße 16 Telefon 6204

Die Besucher erklären durch Lösen der Eintrittskarte, daß sie an dem Film keinen Anstoß nehmen oder aber in diesem Falle das Theater ruhig verlassen werden

Eintrachtsaal
 Freitag, den 13. März 1931, 20 Uhr:
Sonaten-Abend
Fritz Dollmaetsch
Bruno Maischhofer
 Cello
 Vortragfolge: Gallard, Beethoven, Rachmaninoff, Schubert.
 Karten zu Mk. 1.- 1.50 2.50 3.50
 in d. Musikalienhandlung u. Konzert-Direktion 3311
Fritz Müller

Drei Kronen
 Kronenstr. 19
 Telefon 5018
Donnerstag Schlachttag
 Vorzügliche Weine, Moninger Bier, prima Speisen.
 Schönes Nebenzimmer für Gesellschaften und Vereine 2233
Ferdinand Weber

Touristen-Verein
„Die Naturfreunde“
 Ortsgruppe Karlsruhe e. V.
 Am Freitag den 13. März, im Chemiesaal der Technischen Hochschule Vortrag mit Lichtbildern
Land und Leute, Geschichte und Sagen Tirols
 Redner: Schriftsteller R. Schietzold, Berlin
 Beginn 20 Uhr Unkostenbeitrag 4 Pfd.

Leihbibliothek Südstadt
 neu eröffnet
 Leihgebühr nur 5 Pfd. pro Tag
 Lieferung auch frei ins Haus in alle Vororte
Schmid, Luisenstraße 48 part.

Unstreitig die best. blauen Arbeiter-Anzüge zu Mark 10.00 und 12.50
 Hosen, Windjoppen usw. beim
Friedrich (SPD)
 jetzt Douglasstraße 22.

Konsumverein KD für Durlach u. Umg.
 e. G. m. b. H. Durlach i. B.
Einladung!
 Am Samstag, den 21. März, nachmittags punkt 6 Uhr, findet im „Barnstädter Hof“ in Durlach unsere **Halbjahres-Vertreterversammlung** statt, zu welcher wir die Vertreter mit der Bitte einladen, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.
Tagesordnung:
 1. Bericht über das 1. halbe Geschäftsjahr
 2. Verlesung des Revisionsberichtes über die stattgeordneten Revisionen
 3. Wahl von drei ausscheidenden Aufsichtsratsmitgliedern
 4. Beratung etwa eingelaufener Anträge
 Anträge zur Vertreterversammlung müssen mindestens 3 Tage zuvor beim Vorsitzenden des Aufsichtsrats eingereicht sein.
 Aus dem Aufsichtsrat scheiden aus: Schucker Christian, Keller Johann u. Schrimm Albert. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.
 Der Vorsitzende des Aufsichtsrats: Max Woithe

Taschen- u. Armband-Uhren
 von Mk. 12.— an, mit Garantiascheln, echt silb. Uhren von Mk. 20.— an
Christ. Fränkle
 1224 Goldschmied, Karlsruhe, Kaiserpassage
 Wir haben zu verkaufen:
1 vollständige Badeeinrichtung u. 2 guterhalt. Zimmergasöfen
 Zentralverband der Angestellten
 Gartenstraße 25

Bürgersteuer.
 Vom Samstag, den 14. bis Donnerstag, den 19. März 1931, wird die Bürgersteuer von den Steuerpflichtigen eingezogen, die in den Straßen mit den Anfangsbuchstaben **I bis J** (Taubenstraße bis Jollstraße) wohnen.
 Eingangsstelle: Ritterstraße 5 (Haus Köhlin).
 Kassenstunden: Nur von 8—12 Uhr.
 Stadthauptkasse

EIN OFFENES WORT AN ALLE
LUISE OTTO

VORBEUGEN NICHT ABTREIBEN
 EIN RATGEBER FÜR EHRENTÜNDIG SOLCHE, DIE ES WERDEN WOLLEN
 135, bis 145, Kaufend. Erweitert und mit Zeichnungen versehen. Preis 50 Pfennig.
Volksfreund-Buchhandlung
 Waldstraße 28 * Fernruf 7020/21

Email-Herd!
 wie neu, tolle Waren, Schutz großer, billig abgegeben 2237
 46 Jährigerstr. 46
 Baden

Isoliermonteur,
 mehrjähriger, selbständige Erfahrung in Wärme- und Räteisulierungen nachweisen kann, für Dauerstellung gesucht. Angebote mit Nr. 863 a. d. Volksfreund.

4 Zimmer
 nahe Baber, Eogais i. Speich, 1800, bestellbar, Mietzins für 15.00 monatl. u. 1. April oder später zu vermieten. Näheres Hindler, Beckenstraße 20. 2187
 Sonniges, freundlich möbliert. Anfahrden immer bill. zu dem Zentrum 28, 4. Etage

Das lustigste und beliebteste Künstlerrio
Lillian Harvey, Willy Fritsch und Heinz Rühmann
 aus **„Die 3 von der Tankstelle“**
 verstärkt durch **Ralph Arthur Roberts und Kurt Gerron**
 bekannt aus **„Ihre Majestät die Liebe“**
 versetzen das Publikum in glücklichste Laune u. Stimmung in ihrem neuesten Tonfilm als lustige **Einbrecher**

Resi Heute Donnerstag Premiere
 Lichtspiel / Waldstr. 30
 4.00 6.10 8.30
 Bei Ihren Einkäufen berücksichtigen Sie die Anzeilen dieser Zeitung!

Denkt für uns!


Ihr Küchenszettel am:
Donnerstag
 1 kg Schnittbohnen **95**
 3 Paar Frankfurter **95**
 oder 1 kg Dose Gemüse-Erbsen **95**
 1/2 Pfd. Speck **95**
Freitag
 1 Pfd. Tafelreis **75**
 1 Pfd. Zwetschgen **75**
 1 oder 1 kg Dose Fischfilet **100**
 1 kg Dose Marinaden **100**

Samstag
 2 Pfd. Sauerkraut **85**
 1/2 Pfd. Rauchfleisch **85**
 2 Pfd. Linsen und 3 Paar Frankfurter oder 1/2 Pfd. Speck **95**
... und 5% Rabatt!
Pfannkuch

Fisch!
 und jetzt essen wir alle
Die Woche ganz besonders preiswert
Kabliau 27
 im ganz. Fisch Pfd. **27**
 Im Anschnitt Pfd. **30**
Kabliau-Filet 52
 ohne Bauchklappen Pfd. **52**
Schellfische o. K. Bratschellfische
Kieler Sprotten 40
 frisch geräuchert Pfd.-Kiste Brutto
1 Waggon Bratheringe o. K.
 ausgenommen 1 Ltr.-Dose und **Geleeheringe 75**
... und 5% Rabatt
Pfannkuch

Badisches Landestheater
 Donnerstag, 12. März
 1) 20 (Donnerstagmiete) 2) 20-1100
Die Hugenotten
 Große Oper von Meyerbeer
 Dirigent: Schwarz
 Regie: Franke
 Mitwirkende: Gabriele Englerth a. G., Hans Gieseler, Kottmann, E. Robinson, Jalle, J. Gröninger, Gelpach, Kalbach, Kiefer, Eder, Mittal, Schoepflin, Schuster, Otto Wolf a. G., Weber
 Anfang 19 Uhr Ende 22.15 Uhr
 Stelle C (1.00—7.00.4) 627
 Nr. 13. 3. Der Mann den kein Gewissen trieb
 Sa 14. 3. Solola faugt in einen Mann
 So 15. 3. Radmittags: Das Nachtlager in Granada. Abends: Carmen. Im Konzertsaal: Das Kontor X

VOLKSBRÜNE Blau abholen!

Colloleum
 Täglich 8 Uhr
 Sie müssen **Der Affenbaron**
 Musikpötte in 3 Akten mit Marga Peter als Gast gesehen haben. Der größte Lachschlager der Welt!